

Fabian Peter einstimmig wieder nominiert

SEMPACH Am Parteitag der FDP.Die Liberalen Luzern in Sempach ist Regierungsrat Fabian Peter einstimmig für eine weitere Amtsperiode nominiert worden.

von **Daniel Schmuki**

Nebst der Nomination des Inwilers Fabian Peter als Regierungsratskandidat wurden am Parteitag ebenfalls die über 100 nominierten Kantonsrat-Kandidierenden aus den sechs Wahlkreisen in corpore vorgestellt. Sie alle konkurrieren um die Gunst der Wählerinnen und Wähler am Sonntag, 2. April 2023. Dann werden die stimmberechtigten Luzernerinnen und Luzerner entscheiden, wer für die kommende vierjährige Amtszeit im Kantons- und Regierungsrat mitwirken wird.

Mit Herzblut und Leidenschaft

In seiner Nominationsrede knüpfte Regierungsrat Fabian Peter an das Wahlkampf-Motto der Partei an. «Wir machen Zukunft», sagte der Inwiler, «und diese beginnt heute.» Heute sei der Start ins Wahljahr 2023, wobei Demokratie keine Selbstverständlichkeit sei. «Ohne Freiheit können wir auch unsere Meinung nicht frei äussern. In einer Demokratie dürfen wir die Regeln für das Zusammenleben selbst bestimmen. Die Demokratie soll lebendig gehalten werden», sagte Fabian Peter. Das Amt als Regierungsrat mache ihm Freude, und er sei gerne bei den Menschen. In der laufenden Amtszeit habe er die unterschiedlichsten Begegnungen erlebt. Es gebe selbstredend auch schwierige Aufgaben wie zum Beispiel die Umsetzung von Bundesgesetzen. Für die kommende Legislaturperiode wolle er erneut Chancen packen, Brücken bauen und Vertrauen schaffen. Und er möchte weiterhin mit Herzblut und Leidenschaft Verantwortung für den schönen Kanton Luzern übernehmen. Damit auch in Zukunft die gemeinsamen Werte Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt gelten.

Den Auftakt zum Parteitag am 8. Dezember bot die Brassband Bürgermusik Luzern mit einer fulminanten Einlage. Für die Luzerner Liberalen hat das Datum eine grosse historische Bedeutung, da am 8. Dezember 1844 der erste Freischarenzug stattfand. Vier Jahre später erfolgte die Gründung des Bundesstaats, damals mit sieben



Regierungsrat Fabian Peter hält seine Nominationsrede für die kommende Legislaturperiode 2023–2027. Foto Daniel Schmuki

Mitgliedern der Liberalen in der Regierung. Der Parteitag ist damit auch dem Gedenken der verstorbenen Freischärer gewidmet, sagte Parteipräsidentin Jacqueline Theiler.

Auch wurde Heidy Lang-Iten gedacht. Gewürdigt wurde die im November verstorbene alt Kantonsratspräsidentin aus Ermensee durch Kantonsrätin Irene Keller, die ein charismatisches Bild von Heidy Lang-Iten zu zeichnen wusste. Sie sei eine hilfsbereite und grosszügige Person gewesen, eine leidenschaftliche Jasserin mit herzhaftem Lachen. «Tschau und mach's guet», schloss Irene Keller ihren Nachruf.

«Wir machen Zukunft»

Jacqueline Theiler stellte in ihrer Eröffnungsrede die Wahrung des liberalen Gedankenguts in den Vordergrund: «Libérale Werte wie Freiheit und Eigenverantwortung sind wichtiger denn je und müssen tagtäglich gegen linke Bevormundungs- und rechte Abschottungspolitik verteidigt werden.» Den Liberalen sei besonders Demokratie und ein funktionierender Rechtsstaat wichtig, die beide keine Selbstverständlichkeit sind, wie Theiler weiter ausführte. Damit wurde auch der offizielle Wahlkampf gestartet, der unter dem Motto

«Wir machen Zukunft» geführt wird. Dies mit dem Ziel, die drei Sitze im Kantonsrat wieder zu erobern, die bei den letzten Wahlen verloren gingen, und den Seetaler Fabian Peter gleich im ersten Wahlgang mit einem sehr guten Resultat im Regierungsamt zu bestätigen.

Die Zukunft ortet die Partei des Freisinns denn auch in mehreren Schwerpunktthemen: Im Bereich Wirtschaft und Umwelt soll innovatives Verhalten der Unternehmen durch Anreize gefördert und nicht durch Verbote behindert oder gar unterbunden werden. Bezüglich Solidarität und Gesellschaft soll ein Fokus auf die Funktionstüchtigkeit des dualen Bildungssystems und der Altersvorsorge gerichtet werden. Und Infrastruktur sowie Digitalisierung geniessen ein besonderes Augenmerk, weil beide so essenziell für die Akteure der Wirtschaft sind. Damit sei gemäss Parteipräsidentin Theiler «der Teppich ausgerollt», und sie forderte die Anwesenden auf: «Nutzt diesen Steilpass für den Wahlerfolg, unterstützt unsere Kandidaten und motiviert euer Umfeld, wählen zu gehen.»

Intakte Zentralschweizer Wirtschaft – hohe Regulierung

In einem Fachreferat orientierte Andreas Ruch, Präsident der Indus-

trie- und Handelskammer Zentralschweiz (IHZ), über die Geschäftslage der Zentralschweizer Wirtschaft. Er zeichnete insgesamt ein intaktes Bild und orientierte sich hierbei an Untersuchungsergebnissen der Konjunkturforschungsstelle (KOF) der ETH Zürich. So werde die Geschäftslage der Zentralschweizer Firmen in der Regel positiver eingeschätzt als im Schweizer Durchschnitt. Und retrospektiv könne die Zentralschweiz seit 15 Jahren das stärkste Wirtschaftswachstum unter den Schweizer Regionen ausweisen. Dennoch gibt es negative Treiber, wie zum Beispiel die sinkende Auslandsnachfrage oder der sich stark akzentuierende Personalmangel. Die Lage am Arbeitsmarkt weist aktuell nicht nur auf einen Fachkräftemangel, sondern einen generellen Arbeitskräftemangel hin. In den Kantonen Unterwalden, Uri und Schwyz herrsche momentan Vollbeschäftigung, was zugleich auch als Bild einer gut laufenden Wirtschaft gedeutet werden darf. Mit der demografischen Entwicklung wird sich die Situation fehlender Arbeitskräfte weiter verschärfen, weshalb eine attraktive berufliche Bildung einen weiterhin hohen Stellenwert geniessen soll. Weitaus bedenklicher sei jedoch das Staatswachstum, gerade auch weil die

öffentliche Verwaltung mit der Privatwirtschaft um Arbeitskräfte konkurreiere, sagte Ruch. So sei ein wachsender Staat in der Regel auch mit mehr administrativem Aufwand für Unternehmerinnen und Unternehmer verbunden. Ruch forderte von der Politik, dass die staatliche Regulierungswut zu bremsen sei und Hürden abgebaut werden sollen wie beispielsweise durch die Einführung der digitalen Unterschrift, einer geringeren Anzahl an Spezialregelungen oder generell weniger Vorgaben für Produkte und Dienstleistungen.

Die Schweiz sei gemäss dem Bericht «Doing Business» der Weltbank im internationalen Vergleich weit hinten platziert betreffend Unternehmensfreundlichkeit. Der Staat solle daher nicht immer intervenieren, sondern vielmehr Raum für unternehmerische Verantwortung schaffen. Damit erntete der IHZ-Präsident Applaus aus dem voll besetzten Saal der Sempacher Festhalle.

Sind wir alle Nimbys?

Es folgte ein Panel-Gespräch zwischen Andreas Ruch und Fabian Peter, moderiert vom Vizepräsidenten der Luzerner FDP Martin Birrer. Ruch äusserte Bedenken, ob der Durchgangsbahnhof zeitlich wie geplant erstellt werden könne. Für die Wirtschaft seien Erreichbarkeit und Mobilität hingegen sehr entscheidend. Peter sieht allgemein einen stärkeren Widerstand bei Infrastruktur- und auch bei Naturprojekten. Als Baudirektor möchte er nicht nur planen, sondern auch bauen können. Dafür benötige es aber bei allen in der Bevölkerung eine gewisse Sensibilität. Wenn sich alle als Nimbys (Not-in-my-backyard) verhalten, so können keine zentralen Infrastrukturprojekte zustande kommen.

Als letzter Referent der Veranstaltung trat der amtierende Kantonsratspräsident Rolf Born auf. Der Emmer sei stolz, dass sich im Kanton Unternehmen entwickeln können, ein ausgezeichnetes Bildungssystem existiere und das Gesundheitssystem funktioniere. Der Exploit für die Wahlen sei nun vorbereitet, nun sei er auch umzusetzen. Born sagte, dass der Erfolg – in Anlehnung an Goethe – drei Buchstaben habe: tun. Der Parteitag schloss musikalisch ebenso fulminant, wie er begonnen hatte. Auf der Bühne wurde das liberale Feuer gezündet, akustisch begleitet von Freddie Mercurys Erfolgshymne «We are the Champions».

BRIEF aus dem Kantonsrat



Anja Meier
SP, Willisau

Geschätzte Leserin, geschätzte Leser
Wir alle kennen diese Sätze: «In der Schweiz muss niemand arm sein.» «Jeder ist seines Glückes Schmied.» Aber stimmt das? Wenn alles gut läuft, kann

Wider die soziale Kälte

man das leicht sagen. Rund 1,3 Millionen Menschen in der Schweiz müssen jeden Rappen zweimal umdrehen. Im Kanton Luzern sind 7.6 Prozent der Haushalte von Armut betroffen. Für diese Menschen ist nicht nur der Megger Golfplatz unerreichbar. Nein, Luxus beginnt für sie bereits an der Badikasse. Nicht erst beim Bio-Angus-Steak, sondern bereits bei Früchten und Gemüse. Bei der Frage, ob das Geld Ende Monat

noch für den Schulausflug oder den Kinobesuch reicht.

Allzu oft werden Armutsbetroffene für ihre Situation selbst verantwortlich gemacht und verdächtigt, nichts leisten zu wollen. Doch Armut ist kein individuelles Problem. Sie ist nicht das Versagen von Einzelnen. Ob wegen einer Wirtschaftskrise, einer plötzlichen Entlassung, einer Krankheit, einem Schicksalsschlag, einer Scheidung: Armut kann jeden von uns treffen.

Was hat all dies mit dem Luzerner Kantonsrat zu tun? Es ist Aufgabe der Politik, die Strukturen zu verändern, die Armut produzieren. Ich bin überzeugt: Es gibt eine intrinsische Motivation jedes Einzelnen, für sich selbst einzustehen und nicht auf Almosen angewiesen zu sein.

Es leben auch im Kanton Luzern zu viele Menschen, die arm sind, obwohl sie einen Job haben. Sie arbeiten zu Tiefelöhnen, die kaum zum Leben reichen. Früher jobbte ich während meines Studiums in der Logistik und in der Gastronomie. Diese Erfahrung hat mich persönlich und politisch geprägt. Es braucht deshalb auch im Kanton Luzern gerechte Mindestlöhne und den po-

litischen Willen, gegen prekäre Arbeitsverhältnisse vorzugehen.

Am stärksten armutsgefährdet sind Alleinerziehende. Hier liegt die Armutsquote bei 26.8%. Ein wichtiger Grund ist die erschwerte Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Oftmals reicht das Erwerbseinkommen aus einem Teilzeitjob für die Einelternfamilie nicht aus – und die Haushalts- und Betreuungsaufgaben lassen es kaum zu, das Pensum zu erhöhen. Auch Familien mit tiefem Einkommen nehmen deutlich seltener Angebote der familienergänzenden Kinderbetreuung in Anspruch. Oft reduziert deshalb ein Elternteil – meist die Mutter – die Erwerbsarbeit. Damit werden aber Budget und Renten noch kleiner.

Es liegt ein Vorschlag auf dem Tisch, wie dieser Teufelskreis durchbrochen werden kann. Mit der Kita-Initiative fordert die SP den Kanton auf, eine flächendeckende Versorgung mit qualitativ guter Kinderbetreuung sicherzustellen. Die von den Eltern zu tragenden Tarife sollen einkommensabhängig reduziert und maximal 30 Prozent der Vollkosten betragen.

Wer bereits in Armut aufwächst, hat auch später im Leben schlechtere Kar-

ten. Armutsbetroffenen Kindern und Jugendlichen fehlt es oftmals an Unterstützung durch die Eltern, um sich in Schule, Ausbildung und am Arbeitsmarkt gut zurechtzufinden. Durch das Wegfallen von informellen Unterstützungssystemen bleiben viele Türen verschlossen, die sich später nicht mehr öffnen. Fehlende Bildung ist eines der grössten Armutsrisiken. Der Kanton ist hier gefordert, die Chancengerechtigkeit zu gewährleisten – etwa durch existenzsichernde Stipendien. Doch leider wurden die Bezugskriterien für das Stipendienwesen in den letzten Jahren immer höher angesetzt. Wenn heute die Standards aus den Nullerjahren gelten würden, müsste der Kanton mindestens 15 Millionen Franken mehr für Stipendien ausgeben.

Neben Sozialhilfe und Ergänzungsleistungen trägt die Prämienvverbilligung ebenfalls dazu bei, finanziell schwächer Gestellte zu entlasten. Angesichts des Prämienschocks ist dies umso dringender. Doch wenn der Kanton Bundesrecht einhalten würde, müsste er jährlich 70 Millionen Franken mehr für Prämienvverbilligung ausgeben. Für Menschen ohne Schweizer Pass kommt Armut gar einem Verbrechen gleich: Beziehen sie Sozialhilfe, können sie selbst nach vie-

len Jahren aus der Schweiz weggewiesen werden.

Unser Blick auf armutsbetroffene Menschen bestimmt unseren Kompass und unser politisches Handeln. Wenn Armut mit so viel Stigmatisierung behaftet ist, läuft etwas falsch. Das hat auch damit zu tun, wie wir in unserer Gesellschaft und Politik über Armutsbetroffene denken und sprechen.

Weihnachten ist auch die Zeit des Neuanfangs. Ich wünsche mir einen Kanton Luzern, der nicht die Armen bekämpft, sondern Partei ergreift gegen Armut, Ausgrenzung und soziale Kälte. Dessen Politik Armutsbetroffene nicht drangsaliert, sondern ihnen Würde und soziale Teilhabe zugesteht.

Meine Bitte an Sie: Schauen Sie hin. Widersetzen Sie sich, wenn die soziale Kälte um sich greift. Im nächsten April wählen Sie Regierung und Parlament neu. Machen Sie Gebrauch von Ihrem Wahlrecht – sofern sie wahlberechtigt sind – und entscheiden Sie mit, wie die Zukunft in unserem Kanton gestaltet wird. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen, geschätzte Leserinnen und Leser, ein frohes Weihnachtsfest voller Wärme und Besinnlichkeit.